

 **Bundesministerium
Inneres**

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.860.236

Wien, am 15. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA hat am 17. Oktober 2025 unter der Nr. **3723/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „*Pro-palästinensische Chaoten stürmen ORF-Zentrum*“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Waren die beteiligten Aktivisten den Sicherheitsbehörden bereits vor dem Vorfall am Küniglberg bekannt?*
 - a. *Wenn ja, aus welchen Gründen und in welchem Zusammenhang?*
 - b. *Waren diese Personen bereits polizeilich oder gerichtlich auffällig?*
 - c. *Handelt es sich bei den Beteiligten um österreichische Staatsbürger, Personen mit Migrationshintergrund, Asylberechtigte oder Drittstaatsangehörige?*

Insgesamt waren sieben Personen beteiligt, wobei es sich bei den drei bekannten Beschuldigten um zwei Personen mit österreichischer und einer Person mit spanischer Staatsbürgerschaft handelt.

Die weiteren Fragen sind einer Beantwortung unter Bedachtnahme auf Skartierungs- und Verjährungsfristen nicht zugänglich.

Zur Frage 2:

- *Welche Sachbeschädigungen gab es bei diesem Vorfall im ORF-Zentrum am Küniglberg?*
 - a. *In welcher geschätzten Höhe belaufen sich diese Schäden?*
 - b. *Wer trägt diese Kosten?*

Es wurden Wände und Böden mit roter Farbe verunstaltet. Der von den Beschuldigten verursachte Sachschaden beläuft sich nach derzeitigem Kenntnisstand auf 6.493,90 €. Eine Klärung der Kostentragung ist nicht möglich, da diese Angelegenheit außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des BMI liegt.

Zur Frage 3:

- *Kam es zu Verletzten im Zuge des Vorfalls vom 22. August 2025?*

Der Landespolizeidirektion Wien wurden bislang keine Verletzten bekannt.

Zur Frage 4:

- *Wie viele Polizeikräfte waren im Einsatz, um die Störaktion aufzulösen?*
 - a. *Um welche Einsatzkräfte handelte es sich dabei?*
 - b. *Sind durch den Einsatz Überstunden angefallen?*
 - c. *Wurden Beamte bei dem Einsatz verletzt?*

Es waren 21 Exekutivbedienstete der Stadtpolizeikommanden Meidling und Fünfhaus, der Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung (WEGA), der Polizeidiensthundeeinheit, des Landeskriminalamtes sowie der Bereitschaftseinheit der Landespolizeidirektion Wien im Einsatz. Es fielen Überstunden an und es wurde kein Polizeibediensteter im Zuge des Einsatzes verletzt.

Zur Frage 5:

- *Wurde gegen die beteiligten Personen Anzeige erstattet?*
 - a. *Wenn ja, wegen welcher konkreten Delikte?*
 - b. *Wurden Personen vorübergehend festgenommen?*

Personen wurden vorübergehend festgenommen. Anzeigeerstattungen wegen schwerer Sachbeschädigung gemäß § 126 Strafgesetzbuch erfolgten.

Zu den Fragen 6 und 6a:

- *Ist Ihrem Ressort bekannt, dass die Aktion bereits im Vorfeld in sozialen Netzwerken oder einschlägigen Foren angekündigt wurde?*
- *Wenn ja, auf welchen Plattformen?*

Nein.

Zu den Fragen 6b und 9:

- *Wie ist in vergleichbaren Fällen die Zusammenarbeit zwischen der DSN, Polizeibehörden und den betroffenen Institutionen organisiert?*
- *Wie war es den betreffenden Personen möglich, die Sicherheitskontrollen des ORF-Gebäudes zu umgehen oder zu überwinden?*
 - Gab es Schwachstellen im Sicherheitskonzept, die ausgenutzt wurden?*
 - Haben die Demonstranten Unterstützung durch Insider erhalten?*

Von einer Beantwortung dieser Fragen muss aus polizeitaktischen Gründen Abstand genommen werden. Die öffentliche Bekanntgabe von derartig detaillierten Informationen könnte die künftige Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörden gefährden sowie äußereren und inneren Sicherheitsinteressen der Republik Österreich zuwiderlaufen.

Zu den Fragen 7 und 12:

- *Welche Maßnahmen werden künftig gesetzt, um ähnliche Vorfälle zu verhindern?*
 - Wurden bereits Gespräche mit der ORF-Sicherheitsabteilung geführt?*
 - Plant Ihr Ressort die Einführung neuer Sicherheitskonzepte für besonders schützenswerte Infrastruktur?*
 - Wird überlegt, auch private Sicherheitskräfte in Bezug auf kritische Infrastruktur enger in die Abstimmung mit der Polizei einzubinden?*
- *Wird Ihr Ressort künftig spezielle Einsatzkonzepte entwickeln, um gezielte Störaktionen gegen kritische Infrastruktur frühzeitig zu verhindern?*

Einsatzkonzepte unterliegen stets einer laufenden Evaluierung und Anpassung an neue Entwicklungen und Gegebenheiten.

Die Landespolizeidirektion Wien wird auch künftig die im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungsbereiches vorgesehenen zielgerichteten Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Objekte und Personen setzen. Gespräche mit der ORF-Sicherheitsabteilung wurden bereits geführt.

Von einer weiteren Beantwortung dieser Fragen muss aus polizeitaktischen Gründen Abstand genommen werden. Die öffentliche Bekanntgabe von derartig detaillierten Informationen könnte die künftige Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörden gefährden sowie äußerer und innerer Sicherheitsinteressen der Republik Österreich zuwiderlaufen.

Zur Frage 8:

- *Liegen Ihrem Ressort Hinweise darauf vor, dass die an der Störaktion beteiligten Personen Verbindungen zu linksextremen oder islamistischen Organisationen haben?*
 - a. *Wenn ja, zu welchen konkret?*
 - b. *Hat es in den letzten Jahren Ermittlungen im Umfeld dieser Organisationen gegeben?*

Diese Fragen sind einer Beantwortung nicht zugänglich, denn die Begriffe „linksextreme oder islamistische Organisationen“ bedürfen einer näheren Auslegung bzw. einer Einschätzung des politischen Hintergrundes der handelnden Personen. Die Interpretation des Willens eines Abgeordneten steht mir nicht zu und Einschätzungen sind kein Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zur Frage 10:

- *Liegen in Ihrem Ressort Hinweise auf mögliche Sympathien oder aktive Unterstützungshandlungen durch ORF-Mitarbeiter vor?*
 - a. *Wurden ORF-Mitarbeiter in diesem Zusammenhang überprüft?*

Der Landespolizeidirektion Wien liegen keine derartigen Hinweise vor und in Ermangelung entsprechender Verdachtsmomente waren solche Überprüfungen nicht erforderlich.

Zur Frage 11:

- *Wurde bei der Gefahreneinschätzung berücksichtigt, dass es in den vergangenen Monaten zu einem deutlichen Anstieg pro-palästinensischer Demonstrationen in Österreich gekommen ist?*

Diese Frage ist einer Beantwortung nicht zugänglich, denn auf welche Gefahreneinschätzung sich diese Frage konkret bezieht, bedarf einer näheren Auslegung. Die Interpretation des Willens eines Abgeordneten steht mir nicht zu.

Gerhard Karner

